

Wirtschaftswachstum und multiple Krise

Klima- und Biodiversitätsschutz erfordern eine Postwachstumsökonomie

Gesellschaft und Wirtschaft sind eingebettet in die Natur. Zur Einhaltung der planetaren Grenzen sind jedoch Dimensionen der Entkopplung erforderlich, die nicht erreichbar sind. Welche Bedeutung hat die daraus abgeleitete Postwachstumsgesellschaft für den Schutz von Klima und Biodiversität?

Von Alexandra Dehnhardt und Ulrich Petschow

Seit der industriellen Revolution und insbesondere in der Folge der großen Beschleunigung nach dem Zweiten Weltkrieg hat das Wirtschaftswachstum immens zugenommen. In der wissenschaftlichen Diskussion wird auf die systemischen Ursachen mit den Begriffen der „Great Acceleration“ (McNeill 2014) beziehungsweise dem „50er-Jahre-Syndrom“ (Pfister 2022) eingegangen. Diese Dynamiken waren gleichzeitig verbunden mit massiven ökologischen Externalitäten in Produktion und Konsum, mit Nebenfolgen also, die sich zunehmend zu den Hauptfolgen entwickeln, wie die Analysen zu den planetaren Grenzen aufzeigen (Rockström et al. 2023). Deren Überschreitung stellen die systemischen oder regulierenden Leistungen von Klima(-stabilität) und Biodiversität infrage. Das Wirtschaftswachstum, wie es mit dem BIP gemessen wird, war und ist demnach eng verbunden mit der Degradierung der Umwelt.

Eine grundlegende Diskussion ist nun, inwieweit Wirtschaftswachstum per se das Problem darstellt oder es letztlich allein um die Entwicklungsrichtung geht; vereinfacht ausgedrückt: Ist es denkbar, dass beispielsweise durch Maßnahmen zur Einhaltung der planetaren Grenzen (bspw. Bepreisung der Umweltschäden) die Entwicklungsrichtung fundamental verändert werden kann, ohne dass das Wirtschaftswachstum grundlegend infrage gestellt werden muss.

Die Diskussion um die Rolle des (Wirtschafts-)Wachstums sowie um die Strategien zur Überwindung der (Umwelt-)Herausforderung ist dabei nicht wirklich neu. Die Beiträge von Boulding (1966) oder auch Georgescu-Roegen (1972) haben zum Beispiel früh darauf verwiesen, dass weitreichende Substituierungen von Naturkapital an „Grenzen des Wachstums“ (Meadows et al. 1992) stoßen werden. Mithin geht es um die Einbettung von Wirtschaft und Gesellschaft in die biophysikalischen planetaren Kontexte, womit die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen der Entwicklung aufgezeigt werden.

Die gegenwärtige Wachstumdiskussion fokussiert einerseits auf die Frage der Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch und andererseits auf unterschiedliche Gerechtigkeitsvorstellungen: Vereinfacht gehen Degrowth-Vertreter/innen davon aus, dass eine sowohl stoffliche als auch zeitlich hinreichende Entkopplung nicht möglich sein wird, Postwachstumsakteure hingegen stellen die Möglichkeit der Entkopplung zumindest infrage und empfehlen von daher eine vorsorgeorientierte Postwachstumsposition. Schließlich sind die Vertreter des Green Growth von der Überzeugung geleitet, dass die Entkopplung möglich ist.

Kritik am Wachstumsmaß des Bruttoinlandsprodukts

Das BIP hat bis heute einen überragenden Stellenwert als Wachstums- und vor allem Wohlfahrtsmaß, obgleich es weder dazu entwickelt wurde noch geeignet ist, die Wohlfahrt zu erfassen. Die negativen Konsequenzen des Wirtschaftswachstums fließen vielfach positiv oder gar nicht in das BIP ein [1]. Das BIP orientiert sich zudem an monetären Indikatoren, womit scheinbar eine Kommensurabilität gegeben ist, und erfasst ausschließlich Flussgrößen und lässt die Bestandsgrößen außen vor.

Trotz dieser Einschränkungen ist festzustellen, dass das BIP in der Praxis weiterhin dominiert, trotz der Entwicklung vielfältiger „alternativer“ Ansätze der Wohlfahrtsmessung. In jüngerer Zeit sind dies insbesondere Konzepte wie *wellbeing*, aber auch Ansätze wie *inclusive wealth*, wie sie von der Weltbank aber auch im Dasgupta-Bericht (2021) genutzt werden. Letztere Interpretationen orientieren sich einerseits an den intra- und intergenerationalen Gerechtigkeitsvorstellungen des Brundtlandberichts (1987), also einem Ansatz, der intertemporale Gerechtigkeitsaspekte miteinbezieht, und gehen andererseits von einem kapitalorientierten Ansatz aus.

Gleichwohl ist und bleibt das Streben nach Wachstum (mit dem BIP als Maßstab) zutiefst eingeschrieben in die institutionellen Strukturen und die verfolgten Politikansätze, als eine Art Fixstern für die Politik – wegen seiner internationalen Relevanz und vor allen Dingen auch, weil mit diesem Maßstab die monetären Flüsse eng verbunden sind. Vereinfacht ausgedrückt ist ceteris paribus im Status quo eine nicht wachsende Wirtschaft in der Regel verbunden mit der Minderung der Einnahmen des Staates und der Sozialversicherungen und damit der Möglichkeiten der Bereitstellung wünschenswerter gesellschaftlicher Leistungen. Vor dem Hintergrund dieser As-

pekte spielt die Idee der Wachstumsunabhängigkeit eine zunehmende Rolle.

Die Diskussion um die Möglichkeiten der Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch wird vielfach allein mit Blick auf den Klimawandel und die erforderlichen Emissionsziele geführt. Weitere „planetare Grenzen“ werden i. d. R. nicht einbezogen. Die Entkopplungsfrage mit Blick auf den Biodiversitätsverlust muss einer unterschiedlichen Problemstruktur Rechnung tragen, die hier herausgearbeitet wird.

In der Wachstumsdebatte dominieren gegenwärtig der Klimawandel und die Ziele des Paris-Abkommens. Green Growth-Ansätze gehen davon aus, dass durch innovations- und effizienzorientierte Dekarbonisierungsstrategien eine hinreichende Entkopplung möglich ist. Dabei erweist sich bereits die Dimension der Entkopplung von Wirtschaftswachstum und CO₂-Emissionen als außerordentlich herausfordernd, sowohl mit Blick auf das Maß der Entkopplung als auch auf den zeitlichen Horizont (vgl. dazu Petschow et al. 2018). Die Unmöglichkeit der Entkopplung wird von einer Reihe von Studien betont, wie jüngst von Keyßer/Lenzen (2021). Kritiken an diesen Studien verweisen jedoch darauf, dass bislang noch keine weitreichenden Politikstrategien zur Entkopplung umgesetzt worden seien. Allerdings ist auch darauf hinzuweisen, dass die Analysen des IPCC, die die Dekarbonisierungspfade im Sinne des Green Growth beschreiben, eine Entkopplung ohne den Einsatz durchaus umstrittener Technologien als nicht realistisch einschätzen.

Wachstum und Entkopplung im Kontext von Klima und Biodiversität

Im ökonomischen und politischen Diskurs wird jedoch weiterhin davon ausgegangen, dass Entkopplung prinzipiell möglich ist und von daher am Ziel des Wirtschaftswachstums festgehalten werden sollte. Beispielhaft für die Diskussion ist ein Beitrag im *Economist* (2022) mit dem Titel „Debunking Degrowth“, der feststellt, dass die enge Kopplung zwischen Wirtschaftswachstum und Treibhausgasemissionen nicht mehr gegeben sei. Die angeführte Empirie mit Blick auf den Zusammenhang von CO₂-Emissionen und Wirtschaftswachstum „beweist“ allerdings im Wesentlichen nur, dass eine relative Entkopplung möglich ist, sie weist aber nicht nach, dass die Erreichung der Klimaziele (bspw. Paris-Abkommen) in der Dimension und in der zeitlichen Fristigkeit erreichbar sind. Und vor allem: Von den planetaren Grenzen wird hier nur der Klimawandel in den Blick genommen, der eine andere Problemstruktur aufweist als beispielsweise die Biodiversitätskrise.

Denn das Klimaproblem kann dahingehend charakterisiert werden, dass die Emissionen aufgrund der fossilen Energiebasis des Entwicklungsmodells erstens ubiquitär sind und die unterschiedlichen Treibhausgasemissionen zweitens als CO₂-Äquivalente verrechenbar sind, das heißt einen gemeinsamen Nenner haben. Es ist letztlich egal, wo die Emissionen gemin-

„Können Maßnahmen zur Einhaltung der planetaren Grenzen erfolgreich sein, ohne dass das Wirtschaftswachstum grundlegend infrage gestellt wird?“

dert werden. Das Klimaproblem erweist sich allerdings drittens insofern als herausfordernd, als es, aufgrund der höchst unterschiedlichen Emissionspfade, keine vergleichsweise einfache Lösung wie beim FCKW-Ausstieg gemäß dem Montrealer Protokoll gibt (wenige Produzenten, Substituierbarkeit), sondern systemisch in das Wirtschaftssystem eingebunden ist. Schließlich sind mit Blick auf das Klima mit dem Übergang zu Erneuerbaren Energien und (Effizienz-)Innovationen relevante technologisch orientierte Ansätze vorhanden. Davon unterscheiden sich die Lösungsansätze im Kontext des Biodiversitätsproblems fundamental, wie in der Folge dargestellt wird.

Die Great Acceleration hatte auch massive Auswirkungen auf die Biodiversität. Einerseits durch die Landnutzungsänderungen und andererseits durch den Ersatz von Leistungen der Natur durch „man made capital“ (u. a. in der Landwirtschaft durch Düngung und Pestizideinsatz) mit weitreichenden Nebenfolgen der Schädigung der natürlichen Lebensgrundlagen. Auch hier besteht ein enger Zusammenhang zwischen dem Wirtschaftswachstum und dem Verlust an Biodiversität (vgl. auch den Review von Otero et al. 2020).

Die unterschiedlichen Leistungen von Biodiversität und Ökosystemen werden in der Regel folgendermaßen kategorisiert: Als Versorgungsleistungen werden erstens Produkte bezeichnet, die direkt den Ökosystemen entnommen werden (Nahrungsmittel, Holz etc.), Regulierungsleistungen ergeben sich, zweitens, aus der Regulierung von ökosystemaren Prozessen (z. B. Klimaregulierung, Wasserregulierung, Schädlings- und Krankheitsregulierung), unterstützende Leistungen sind, drittens, indirekte Leistungen, die für die Produktion von Versorgungs-, Regulierungs- oder kulturellen Leistungen notwendig sind (z. B. Bodenbildung, Nährstoffkreislauf, Photosynthese), und kulturelle Leistungen sind, viertens, nicht materielle Vorteile, die Menschen aus Ökosystemen ziehen (z. B. ästhetische Werte, Erholung und Ökotourismus) (Dehnhardt et al. 2019).

Die Biodiversität stellt damit vielfältige und elementare Leistungen für die Menschen zur Verfügung, die überwiegend nicht in das BIP einfließen, weil sie zumeist nicht über den Markt gehandelt werden, vielfach nur in Teilaspekten monetär bewertet werden können oder sich einer marktförmigen Bewertung gänzlich entziehen. Schließlich sind vielfältige Wechselwirkungen (und damit Leistungen) in und zwischen den

Ökosystemen nicht wirklich bekannt. Zugleich sind Biodiversität und Resilienz eng miteinander verbunden: Die Anzahl der funktionellen Gruppen in Ökosystemen verweisen auf Komplementaritäten, das heißt, dass die funktionelle Vielfalt in einem engen Zusammenhang mit der Produktivität von Ökosystemen steht, gemessen an den von ihnen erbrachten Erhaltungs- und Regulierungsleistungen. Mithin wird deutlich, dass die Leistungen der Ökosysteme und die „Life Support“-Funktionen auch von der Vielfalt der Ökosysteme und der Strukturen innerhalb der Ökosysteme abhängen.

Diese Komplementaritäten verweisen zudem darauf, dass wir auf den Leistungen der Natur aufbauen und insofern basal von der Natur und der Biodiversität abhängen und eben nicht „außerhalb“ der Natur stehen: Ökologische Systeme stellen komplexe adaptive Systeme dar, die unauflösbar verbunden sind mit den sozioökonomischen Systemen, die wiederum auf den Leistungen der ökologischen Systeme beruhen.

Die oben angesprochenen Veränderungsprozesse stellen die grundlegenden indirekten Treiber der Übernutzung sowohl der Biodiversität als auch der Aufnahmekapazität der Atmosphäre dar. Konkret wirken diese grundlegenden Veränderungen durch die direkten treibenden Kräfte. Jaureguigerry et al. (2022 oder ähnlich IPBES 2019) haben dazu eine Literaturanalyse durchgeführt und fünf relevante Treibertypen identifiziert: Klimawandel, Land- oder Seennutzungsänderungen, direkte Nutzung natürlicher Ressourcen, Umweltverschmutzung und invasive Arten. Die Analysen wurden differenziert nach den geografischen Regionen des IPBES und mit Blick auf die sechs Dimensionen der essenziellen Biodiversitätsvariablen (EBV), also genetische Zusammensetzung, spezielle Populationen, spezielle Merkmale (*traits*), Zusammensetzung der Communities, die Ökosystemstruktur und Ökosystemfunktionen. Die Auflistung verdeutlicht, dass der Schutz der Biodiversität nicht, wie im Bereich des Klimawandels, auf eine Maßgröße reduziert werden kann, sondern höchst differenzierte Strategien benötigt. Eine einfache Verrechnung ist nicht oder kaum möglich. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass das Wirtschaftswachstum wesentlich die Treiber des Biodiversitätsverlustes befeuert, also Land- und Seennutzungsänderungen, die Übernutzung natürlicher Ressourcen, aber auch die Umweltverschmutzung, und nicht überraschend gilt dies auch für den Klimawandel [2]. Mithin müssen die unterschiedlichen Treiber konkret adressiert und vor allem auch die Schutzziele definiert werden.

Klima und Biodiversität im Zusammenspiel

Der dargestellte systemische Charakter des Überschreitens der planetaren Grenzen bedeutet, dass es durchaus weitreichende Synergien beispielsweise bei der Bekämpfung des Klimawandels und des Biodiversitätsverlustes gibt, die erschlossen werden müssen, dass allerdings auch eigenständige Strategien mit Blick auf die Erhaltung der Biodiversität unbedingt erforderlich sind.

Synergetische Maßnahmen können geeignet sein, den Verlust von Biodiversität zu mindern (und die genannten Treiber zu adressieren) und zugleich den vom Menschen verursachten Klimawandel abzuschwächen. Sie verbessern damit grundlegend die Funktionalität von Ökosystemen und Ökosystemleistungen und damit die „Nature’s contributions to people“.

Insofern kommt es elementar darauf an, die indirekten Treiber, wie beispielsweise die politischen Rahmenbedingungen oder eben das Wirtschaftswachstum umfassend zu adressieren, die direkten Treiber in einer realistischen Art und Weise zu reduzieren und die Synergien zwischen Maßnahmen zum Schutz des Klimas und der Biodiversität zu erschließen. Gegenwärtig ist es so, dass die Ziele in den globalen Umweltvereinbarungen (typisierend Klima und Biodiversität) jeweils in Isolation gesetzt und verfolgt werden, ein Umstand, der in der Perspektive überwunden werden sollte. Pörtner et al. (2023) aber auch Rockström et al. (2023) fordern dementsprechend integrierte Strategien, die aber auch die potenziellen Trade-offs in den Blick nehmen müssen.

Mit Blick auf die planetaren Grenzen sind einerseits die systemischen Zusammenhänge und andererseits Klimawandel und Biodiversität jeweils spezifisch zu adressieren. Biodiversität stellt, nicht zuletzt aufgrund der durch sie zur Verfügung gestellten Erhaltungs- und regulierenden Leistungen, grundlegende „life support functions“ bereit. Mit Blick auf die systemischen Zusammenhänge, wozu aus unserer Sicht auch das Wirtschaftswachstum (BIP) gehört, sind vorsorgeorientierte Postwachstumsstrategien erforderlich. Diese Position haben Petschow et al. (2018) insbesondere mit Blick auf den Klimaschutz vertreten. In Kombination mit den weiteren planetaren Grenzen und hier konkret dem Schutz der Biodiversität stellt es sich für uns so dar, dass diese Form des (Wirtschafts-)Wachstums nicht mehr möglich sein wird. Es wird mithin auch ein weitreichender Kulturwandel und ein anderes Entwicklungsmodell erforderlich sein.

Die Auffassung zur (Un-)Möglichkeit des Wirtschaftswachstums bei Einhaltung der planetaren Grenzen wird mittlerweile auch von dem renommierten Ökonomen Dasgupta in seinem Bericht „Economics of Biodiversity“ (2021) und in weiteren Folgepublikationen (Dasgupta/Levin 2023) vertreten: Gesellschaft und Wirtschaft sind eingebettet in die Natur und die erforderlichen Dimensionen der Entkopplung sind nicht möglich. Als Ansatz wird in der Studie *inclusive wealth* vorgeschlagen, Kapitalbestände zu definieren und Natur als Naturkapital zu konzeptionalisieren und so zu managen, dass diese nicht abnehmen [3].

Klima und Erhalt der Biodiversität

Die Herausforderungen, die die Einhaltung der planetaren Grenzen (Klimawandel/Biodiversität) mit sich bringen, sind immens, dementsprechend fordern auch die wissenschaftlichen Dokumente (IPCC und IPBES) eine weitreichende sozial-ökologische Transformation, die die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen grundlegend verändert.

„Wirtschaftswachstum
gemessen als BIP
ist mit Klimaschutz und
Biodiversitätserhalt
nicht kompatibel.“

Deutliche Unterschiede sind allerdings mit Blick auf Lösungsansätze festzuhalten: Zielt der IPCC im Wesentlichen auf technologische Transformationen unter anderem durch Regulierung und ökonomische Instrumente (bspw. Effizienz, Innovation, aber auch CCS, CCUS und Nutzung der Kernenergie) ab, verfolgt der IPBES einen etwas anderen Zugang. Einerseits wird festgestellt: „Economic growth is generally not decoupled from environmental degradation. This decoupling would require a transformation in policies.“ (IPBES 2018, 11) Andererseits wird deutlich, dass der Schutz der Biodiversität nicht (allein) durch technische Innovationen möglich sein wird, sondern es vielmehr elementar darauf ankommt, dass sich die Wirtschafts- und Lebensstile ändern. Implizit wird insbesondere auf die Notwendigkeit der Verhaltensänderungen verwiesen, konkrete Suffizienzpolitiken werden allerdings bislang nicht direkt adressiert.

In den IPCC-Berichten haben postwachstumsorientierte Ansätze bislang keine Rolle gespielt. Erst in jüngster Zeit sind beispielsweise im IPCC-Bericht Degrowth beziehungsweise Postwachstumsliteraturen in den Blick genommen worden (vgl. dazu bspw. die Analyse von Parrique (2022) zum letzten IPCC-Bericht). Allerdings sind diese Analysen letztlich nicht in den (politischen) Abschlussbericht aufgenommen worden.

Gute Anknüpfungspunkte zum Postwachstumdiskurs

Im Kontext von IPBES werden ebenfalls weitreichende Veränderungen eingefordert. Gegenwärtig findet der Ansatz Postwachstum/Degrowth in den Berichten nur eine marginale Anerkennung: „Alternative models and measures of economic welfare (such as „inclusive wealth accounting“, „natural capital accounting“ and „degrowth models“) are increasingly considered as possible approaches to balancing economic growth and the conservation of nature and its contributions and to recognizing trade-offs, the pluralism of values, and long-term goals“ (Bewertung: established but incomplete) (IPBES 2019, 43).

IPBES nimmt mit der Konzeptionalisierung von Werten und möglichen Bewertungsansätzen eine deutliche Erweiterung der ökonomischen Kalküle vor. Während beispielsweise die TEEB-Studien („The Economics of Ecosystems and Biodiversity“) vor allem instrumentelle Werte fokussieren, also solche, die einer monetären Bewertung zugänglich sind, betont IPBES mit den „Nature’s contribution to people“ einen holistischen Ansatz. Dieser bezieht plurale Werte (wie *broad values*, *world views* und *relational values*) mit ein, um der Diversität der Perspektiven unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen und kulturell unterschiedlichen Mensch-Natur-Beziehungen Rechnung zu tragen. Entsprechend finden hier eine Vielfalt von Bewertungsansätzen (ökonomische, sozio-kulturelle und Bewertungen aus der Perspektive indigener oder lokaler Communities) Eingang. Eine Wiedereinbettung des Menschen in die Natur ist damit im Grundsatz angelegt (IPBES 2022).

Oder wie es Pascual et al. (2021) betonen: Biodiversität erweist sich als Brückenkonzept (vgl. dazu Takacz 1996), dessen Erfolg letztlich davon abhängt, dass einerseits ein pluralistischer Zugang gewählt wird, unterschiedliche Werte und Vorstellungen akzeptiert werden und letztlich auch soziale Aushandlungsprozesse ermöglicht werden (Pascual et al. 2021). Dabei sind Begriffe wie *Nature Future Framework* (NFF), *Nature’s Contributions to People* (NCP) und *Good Quality of Life* (GQL) im Grundsatz anschlussfähig an die Ansätze des Postwachstumdiskurses.

Im Vergleich der beiden Zugänge lässt sich feststellen, dass im Kontext des Klimawandels sehr viel stärker klassische ökonomische Vorgehensweisen diskutiert werden. Es werden in der Regel ökonomische effizienzorientierte Zugänge präferiert, die auf Preissignale (Steuern, *cap and trade*) orientiert sind und sehr viel weniger Fragen der Gesellschaftsgestaltung beziehungsweise der Suffizienz adressieren. Diese Überlegungen gibt es zweifelsohne auch im Kontext des Schutzes der Biodiversität, indem letztlich kapitalorientierte Ansätze (Dasgupta 2021) befördert werden sollen; trotz der Heterogenität der Herausforderungen.

Fazit

Als Ergebnis der Ausführungen ist festzuhalten, dass das (Wirtschafts-)Wachstum gemessen als BIP mit Klimaschutz und Biodiversitätserhalt in einer Situation massiven Klimawandels und der „sixth extinction“ nicht kompatibel ist – eine Ansicht, die mittlerweile auch in den ökonomischen Mainstream hineinreicht.

Ist bereits die Wachstumsdiskussion mit Blick auf die Bewältigung des Klimawandels durchaus kontrovers, so gilt dies umso mehr, wenn die Frage der Begrenzung des Biodiversitätsverlustes einbezogen wird. Indirekte Treiber des Biodiversitätsverlustes und des Klimawandels sind jedoch systemisch ähnlich, womit weitreichende handlungsorientierte Synergien möglich werden. Dies gilt auch für die direkten Treiber, die allerdings überwiegend spezifisch angegangen werden müssen.

Für eine sozial-ökologische Transformation sind zweifelsohne vielfältige Zugänge erforderlich, die kohärent instrumentiert werden müssen. Es geht nicht (allein) darum, das Wirtschaftswachstum, gemessen als BIP, zu senken, sondern viel-

mehr darum, Pfade zu entwickeln und vor allen Dingen auch umzusetzen, die ein Leben innerhalb planetarer Grenzen ermöglichen und sowohl intra- und intergenerationale Gerechtigkeit befördern – es geht mithin um einen Kulturwandel, neue gesellschaftliche Leitbilder und damit auch neue Indikatoren als Wegweiser. Der Pfad in eine *civilisation ecologique* wird nicht mit den gegenwärtigen Formen des (Wirtschafts-)Wachstums verbunden sein können.

Anmerkungen

- [1] Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass das Wirtschaftswachstum durchaus infrage steht, wenn die Ökosystemleistungen nicht mehr oder nur begrenzt bereitgestellt werden (Dehnhardt et al. 2023).
- [2] Die aktuelle Diskussion um den Tiefseebergbau verdeutlicht, dass die expansiven Dynamiken ungebrochen sind: Werden auf der einen Seite die Vereinbarungen der Montrealer Weltnaturkonferenz (2022) zu Recht gelobt, so greift der „Ressourcenhunger“ der Wachstumsgesellschaft nach den vielfältigen Rohstoffen in der (ökologisch höchst sensiblen) Tiefsee; auch mit der Begründung, dass die Ressourcen für den ökologischen Umbau an Land essenziell seien. Über die Bedingungen der Zulässigkeit der Förderung wird aktuell verhandelt.
- [3] Der Bericht von Dasgupta sollte in die Fußstapfen des Stern-Reports treten, der mit Blick auf die Bewertung des Klimawandels erheblichen politischen Einfluss hatte und eine intensive ökonomische Diskussion ausgelöst hat, die die Klimaökonomik vorangebracht hat. Die Adressaten des Dasgupta-Berichts sind die politischen Entscheidungsträger, die Ministerien, die Finanzwirtschaft, aber auch die Mainstream-Wirtschaftswissenschaftler, um das Problem und das Thema Biodiversität beziehungsweise Biodiversitätsverlust zu thematisieren und politische Maßnahmen einzufordern (Groom et al. 2021). Dies hat dann auch Konsequenzen bezüglich des Fokus der Studie, der in der Folge auch Kritik hervorgerufen hat. Beispielsweise kritisiert Spash (2021) den Bericht intensiv wegen methodischer Probleme, aber auch wegen des zugrunde liegenden Naturkonzeptes. Gleichwohl ist festzuhalten, dass zentrale Aussagen des Berichts, beispielsweise zur Wachstumsfrage, einen wichtigen Meilenstein gesetzt haben.

Literatur

- Dasgupta, P. (2021): The Economics of Biodiversity: The Dasgupta Review. London, HM Treasury.
- Dasgupta, P./Levin, S. (2023): Economic factors underlying biodiversity loss. *Philosophical Transactions of the Royal Society B* 378.1881. DOI: 10.1098/rstb.2022.0197
- Dehnhardt, A./Häfner, K./Blankenbach, A.-M./Meyerhoff, J. (2019): Valuation of Wetlands Preservation. In: *Oxford Research Encyclopedia of Environmental Science*. Oxford University Press.
- Dehnhardt, A. et al. (2023): Was uns die Folgen des Klimawandels kosten. Kosten durch Klimawandelfolgen in Deutschland – Zusammenfassung und Merkblätter. www.ioew.de/publikation/was_uns_die_folgen_des_klimawandels_kosten DOI: 10.1093/acrefore/9780199389414.013.457
- Economist (2022): Debunking degrowth. Economic growth no longer requires rising emissions. www.economist.com/leaders/2022/11/10/economic-growth-no-longer-requires-rising-emissions
- Groom, B./Turk, Z. (2021): Reflections on the Dasgupta Review on the Economics of Biodiversity. In: *Environmental and Resource Economics* 79/1: 1–23. DOI: 10.1007/s10640-021-00560-2
- IPBES (2018): The regional assessment report on Biodiversity and ecosystem services for Europe and Central Asia. Summary for policy makers. Bonn, IPBES Secretariat.
- IPBES (2019): Summary for policymakers of the global assessment report on biodiversity and ecosystem services of the Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services. Bonn, IPBES Secretariat.
- IPBES (2022): Summary for Policymakers of the Methodological Assessment Report on the Diverse Values and Valuation of Nature of the Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services. Bonn, IPBES Secretariat.
- Jaureguigerry, P. et al. (2022): The direct drivers of recent global anthropogenic biodiversity loss. In: *Science advances* 8/45: eabm9982. DOI: 10.1126/sciadv.abm9982
- Keyßer, L./Lenzen, M. (2021): 1.5 °C degrowth scenarios suggest the need for new mitigation pathways. In: *Nature Communications* 12/1: 2676. DOI: 10.1038/s41467-021-22884-9
- Meadows, D. et al. (1992): Grenzen des Wachstums. München, DVA.
- McNeill, J. R. (2014): *The Great Acceleration: An Environmental History of the Anthropocene since 1945*. Cambridge, Harvard University Press. DOI: 10.4159/9780674970731
- Otero, I. et al. (2020): Biodiversity policy beyond economic growth. In: *Conservation letters* 13/4: e12713. DOI: 10.1111/conl.12713
- Parrique, T. (2022): Degrowth in the IPCC AR6 WGIII. <https://timotheeparrique.com/degrowth-in-the-ipcc-ar6-wgiii/>
- Pascual, U. et al. (2021): Biodiversity and the Challenge of pluralism. In: *Nature Sustainability* 4/7: 567–572. DOI: 10.1038/s41893-021-00694-7
- Pfister, Chr. (2022): Der Klimastress als spätes Erbe der 1950er Jahre. In: *Ökologisches Wirtschaften* 37/2: 15–17. DOI: 10.14512/OEW370215
- Petschow, U. et al. (2018): Gesellschaftliches Wohlergehen innerhalb planetarer Grenzen. Der Ansatz einer vorsorgeorientierten Postwachstumsposition. www.nachhaltige.uni-hamburg.de/downloads/2019/aktionstage-2019/lunchtalk-input-petschow.pdf
- Pörtner, H. Ö. et al. (2023): Overcoming the coupled climate and biodiversity crises and their societal impacts. In: *Science* 380/6642: eabl4881. DOI: 10.1126/science.abl4881
- Rockström, J. et al. (2009): A safe operating space for humanity. In: *nature* 461/7263: 472–475. DOI: 10.1038/461472a
- Rockström, J. et al. (2023): Safe and just Earth System boundaries. In: *nature* 2023: 1–10. DOI: 10.1038/s41586-023-06083-8
- Spash, C. (2021): Conceptualising Nature: From Dasgupta to degrowth. In: *Environmental Values* 30/3: 265–725. DOI: 10.3197/096327121X16141642287700
- Takacz, D. (1996): *The Idea of Biodiversity: Philosophies of Paradise*. Baltimore, Johns Hopkins University Press.

AUTOR/INNEN + KONTAKT

Dr. Alexandra Dehnhardt ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und stellvertretende Leiterin des Forschungsfeldes Umweltökonomie und -politik am IÖW. Sie bearbeitet unterschiedliche Fragestellungen zu Biodiversität und Klimawandel in einer Reihe von Forschungsvorhaben.

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), Potsdamer Str. 105, 10785 Berlin. Tel.: +49-30-884594-0, E-Mail: Alexandra.Dehnhardt@ioew.de

Ulrich Petschow ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) im Forschungsfeld Umweltökonomie und Umweltpolitik.

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), Potsdamer Str. 105, 10785 Berlin. Tel.: +49-30-884594-0, E-Mail: Ulrich.Petschow@ioew.de

